



Niederschrift

**über die Sitzung
des Sozialausschusses
am 14.02.2023**

Anwesend

- Vorsitz

Lensch, Eckart, Dr.

- Mitglieder

Beckmann, Ulrike
Beyer, Francesca
Boos-Waidosch, Marita
Bub, Kerstin
Eckert, Christine
Gill-Gers, Alexandra
Heinisch, Gunther in Vertretung für Frau Kubica
Jaensch, Ruth
Lange, Karsten
Lauzi, Myriam
Lippold, Manfred
Lüttig, Konrad
Orellana, Tupac
Siebner, Claudia

- beratende Mitglieder

Diefenbach, Kerstin
Erlenbach, Michael in Vertretung für Herr Engelberty
Kurz, Michael
Quick, Bernd
Stadtfeld, Thomas in Vertretung für Frau Rizkalla

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Kubica, Ellen

- beratende Mitglieder

Carstensen, Jens
Engelberty, Klaus
Rizkalla, Diana

- Schriftführung

Hagert, Fabienne

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Konzept der Landeshauptstadt Mainz zur Betreuung und Unterstützung wohnungsloser und von Wohnungsverlust bedrohter Menschen in ihrer individuellen Lebenssituation
2. Mündlicher Sachstandsbericht zum Antrag 0790/2022/1 - Absicherung der Pfarrer-Landvogt-Hilfe (CDU)
3. Einrichtung eines Hilfsfonds zur Abmilderung der Folgen steigender Energiepreise
4. Aktueller Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation
5. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 07.12.2022
6. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Hinsichtlich der Tagesordnung beschließt man mit der erforderlichen Mehrheit eine kurze Information über die Anpassung des Essensgeldes in Schulen unter TOP6 (Mitteilungen) sowie den Tausch von TOP 1 und TOP 2 in der Reihenfolge.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 **Konzept der Landeshauptstadt Mainz zur Betreuung und Unterstützung wohnungsloser und von Wohnungsverlust bedrohter Menschen in ihrer individuellen Lebenssituation** **Vorlage: 0205/2023**

Herr Hensel führt in die Vorstellung des Konzeptes zur Betreuung und Unterstützung wohnungsloser und von Wohnungsverlust bedrohter Menschen in ihrer individuellen Lebenssituation ein. Das Konzept sei als lernendes System zu verstehen, das flexibel angepasst und ergänzt werden könne, wenn die Bedarfslagen der Mensch dies erfordern. Damit könne auf sich ändernde Bedarfslagen reagiert werden. Die zuständige Abteilungsleiterin Frau Thut erläutert dann die Inhalte des Konzeptes und stellt die aktuellen Sachstände der Maßnahmen vor. U.a geht Sie auf die Einrichtung einer Niedrigschwelligen Übernachtungseinrichtung und eine Einrichtung für psychisch kranke Menschen ein, für die bereits Liegenschaften gefunden seien und deren Umsetzung noch im laufenden Jahr erfolgen soll. Neben der Planung und Öffnung weiterer betreuter Einrichtungen ist die Beteiligung am Landesprojekt „Housing First“ vorgesehen. Im ersten Bewerbungsgang kam die Stadt Mainz nicht zum Zuge. Die Bewerbung für die zweite Ausschreibungsrunde ist vorgesehen.

Fragen seitens des Ausschusses werden durch Frau Thut und Herrn Hensel beantwortet. Es wird zudem festgelegt, dass einmal jährlich eine Berichterstattung im Sozialausschuss erfolgen soll.

Im Anschluss wird folgender Beschluss einstimmig gefasst:

Der Ausschuss und der Stadtrat beschließen das Konzept der Landeshauptstadt Mainz zur Betreuung und Unterstützung wohnungsloser und von Wohnungsverlust bedrohter Menschen in ihrer individuellen Lebenssituation.

Der Stadtratsantrag 0950/2020/2 Handlungsstandards zur Unterbringung ist hiermit für erledigt zu erklären.

Punkt 2 **Mündlicher Sachstandsbericht zum Antrag 0790/2022/1 - Absicherung der Pfarrer-Landvogt-Hilfe (CDU)**

Herr Guido Meudt, Vorsitzender der Pfarrer-Landvogt-Hilfe, berichtet über die Arbeit der Pfarrer-Landvogt Hilfe, welche nun seit 40 Jahren besteht. Auf den Antrag der CDU-Fraktion hin wird die Finanzierung des Vereins ausführlich dargestellt:

Das Jahresbudget umfasst rund 150.000 Euro. Diese bestreitet der Verein aus Spenden und Mieteinnahmen auf der Zitadelle. Die Lebensmittel seien in den letzten Jahren gespendet worden. Diese Spenden hat die Pfarrer-Landvogt-Hilfe von größeren Unternehmen, Bäckereien, kleineren Lebensmittelgeschäften sowie Privatpersonen erhalten. Auf Basis dieser Unterstützung ist es im vergangenen Jahr gelungen 20.000 Essen im Gesamtwert von 5,50 € pro Tag pro Besucher bereitzustellen. Der Verein legt hierbei etwa 0,50 € hinzu, um den Gesamtwert zu erreichen. Im Zuge der morgendlichen und abendlichen Essensausgabe kommt es zu stolzen 12.000 ehrenamtlichen Stunden pro Jahr bei einer Schichtbesetzung von 3 Personen betont Meudt.

Dringlich sei es laut Meudt, die Pfarrer-Landvogt-Hilfe in den nächsten Jahren in die Zukunft zu bringen. Hierzu ist eine energetische Sanierung des Hauses inklusive einer Dacherneuerung erforderlich. Der Wunsch des Vereins ist es, die erste CO2 neutrale soziale Einrichtung der Stadt Mainz zu werden.

Fragen seitens der Ausschussmitglieder werden durch Herrn Meudt beantwortet.

Im Anschluss an den Vortrag beschließt der Ausschuss einstimmig, dass Punkt 1 des Antrages Nr. 0790/2022/1 damit erledigt ist.

Anträge auf Bezuschussung für besondere Projekte der Pfarrer-Landvogt-Hilfe werden zu gegebener Zeit gestellt.

Punkt 3 **Einrichtung eines Hilfsfonds zur Abmilderung der Folgen steigender Energiepreise**
Vorlage: 0091/2023

Auf Nachfrage erklärt Herr Dr. Lensch, dass das Angebot nicht wie ursprünglich angedacht im Januar starten konnte. Die Verzögerung ist bedingt durch rechtliche Bedenken aufseiten des Trägers, der zunächst die Auszahlung übernehmen wollte. Es sind Gespräche mit weiteren Trägern geplant.

Sodann nimmt der Sozialausschuss von folgendem Beschlussvorschlag zustimmend Kenntnis:

Der Stadtrat beschließt, nach Kenntnisnahme und Vorberatung durch die o.a. Gremien die Einrichtung eines Hilfsfonds für Mainzer Einwohner:innen zur Abmilderung der Folgen steigender Energiepreise und die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 925.000 € im Haushaltsjahr 2023 im Teilhaushalt des Amtes 50.

Punkt 4 **Aktueller Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation**

Herr Hensel, Amtsleiter des Amtes für soziale Leistungen, stellt die Flüchtlingssituation dar. Aktuell betreut die Stadtverwaltung Mainz 19 Gemeinschaftsunterkünfte mit 2.600 Plätzen, wovon 2.349 Plätze belegt sind. Davon sind 987 ukrainische Geflüchtete in 9 Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, in denen eine Kapazität von 1.086 Plätzen vorhanden ist. In den 10 Gemeinschaftsunterkünften für nicht ukrainische Geflüchtete besteht aktuell eine Kapazität von 1.531 Plätzen bei einer Belegung von 1.362 Geflüchteten.

Zuletzt fand eine Erweiterung der Unterkunft Heiligkreuzweg statt. Hier wurden 99 weitere Plätze geschaffen. Mit der Einrichtung der Gemeinschaftsunterkunft an der Hechtsheimer Straße stehen weitere 222 Plätze zur Unterbringung von Geflüchteten zur Verfügung. Aktuell sind mehrere weitere Unterkünfte in Prüfung.

Fragen seitens des Ausschusses werden durch Herrn Hensel und Herrn Dr. Lensch beantwortet.

Punkt 5 **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 07.12.2022**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 07.12.2022 wird ohne Einwände zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 Mitteilungen

Auf Wunsch von Herrn Orellana informiert Herr Dr. Lensch kurz über die aktuelle Anpassung des Essensgeldes in Schulen. Es handelt sich um ein Verfahren, dem ein Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 1998 zugrunde liegt. Seither gibt es Preiserhöhungen bei den Caterern, die die Schulen beliefern. Die Eltern werden jährlich mit einem anzupassenden Beitrag am Essensgeld beteiligt. Von der Erhöhung sind sozial benachteiligte Familien nicht betroffen.

Das Thema wird ausführlich im Schulträgersausschuss am 01.03.2023 erörtert.

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

gez.

.....

Dr. Eckart Lensch
Beigeordneter

gez.

.....

Fabienne Hagert
Schriftführung